

Verpasste Chance

Ist Schwarz-Grün schon Vergangenheit?

Ewald Hetrodt

An der Größe der Aufgabe ließ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) keinen Zweifel. »Hinter uns liegen 250 Jahre, in denen unser Wohlstand auf dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas gründete«, sagte er in seiner ersten Regierungserklärung (Bundesregierung 2021). Jetzt erfordere der Klimaschutz nichts weniger »als die größte Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens 100 Jahren«. Eine zentrale Rolle ist dabei der Windkraft zugedacht. Für sie sollen zwei Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. So steht es im Koalitionsvertrag (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 57.).

1. Hessen als Vorreiter

Dieses in Berlin so stolz verkündete Ziel setzte man sich in Hessen schon mehr als ein Jahrzehnt früher (Hetrodt 2021, S. 30). Als Chef einer von CDU und FDP gebildeten Landesregierung berief Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) nach dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) durchgesetzten Ausstieg aus der Atomkraft im Frühjahr 2011 einen Energiegipfel ein, zu dem sämtliche Fraktionen des Landtags sowie Verbände, Gewerkschaften und Kommunen eingeladen waren. Über die Vereinbarung, zwei Prozent des Landesterritoriums für die Windkraft zu reservieren, freute sich vor allem Tarek Al-Wazir, der damalige Fraktions- und Parteichef der Grünen. Die CDU habe ihre »Blockade der Windkraft« aufgegeben, stellte er fest. Es vergingen aber noch elf Jahre, bis die Galionsfigur der Ökopartei, nun in ihrer Eigenschaft als Wirtschaftsminister und stellvertretender Regierungschef, verkünden konnte, dass das Kabinett die Ausweisung von Vorrangflächen

beschlossen habe, wenn das Ziel mit 1,9 Prozent auch knapp verfehlt wurde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft 2022). Dabei ist die bloße Ausweisung eines Standorts als Vorranggebiet keineswegs schon gleichzusetzen mit der tatsächlichen Errichtung einer solchen Anlage.

Das zweite Vorhaben, mit dem die Ampel die Windkraft voranbringen will, besteht in der Beseitigung des Artenschutzes als Ausbauhindernis (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 56). Auch dieses Problem wurde in Hessen schon vor langer Zeit erkannt. Dass auch Bürger den Artenschutz instrumentalisieren dürfen, die bis dahin nicht als Tierfreunde aufgefallen sind, ärgerte Al-Wazir schon zu Beginn des Jahres 2014, also wenige Wochen nach der Bildung der schwarz-grünen Koalition in Hessen. »Mancher, der heute für den Rotmilan kämpft, hat vor Monaten noch gedacht, dass es sich dabei um einen serbischen Freischärler handelt«, empörte sich der Grünen-Politiker (Hetrodt 2021, S. 112). Die Zurückdrängung des Artenschutzes beabsichtigte aber auch der frühere Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), als er im Jahr 2020 seinen Entwurf für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorlegte (Wetzel 2020). Dass er davon Abstand nahm, lag vor allem an der Rechtsposition, die von der Naturschutzinitiative e.V. (NI) dagegen ins Feld geführt wurde. Der Zurückdrängung des Artenschutzes sollte auch ein Erlass dienen, den Al-Wazir und seine Parteifreundin, die hessische Umweltministerin Priska Hinz, Anfang 2021 herausgaben (Staatsanzeiger 2020). Der Hessische Verwaltungsgerichtshof verwarf die Verordnung allerdings schon nach zwei Wochen in einer Eilentscheidung (VGH 2021). Noch größere Sorgen muss den Koalitionären aber das Urteil bereiten, das der Europäische Gerichtshof im März 2021 verkündete. Danach ist jeder einzelne Vogel, nicht nur die Population, schützenswert (Europäischer Gerichtshof 2021). Die Pläne der Bundesregierung zum Ausbau der Windenergie sind also nicht etwa das Produkt eines schöpferischen Diskurses, in dem sich kreative Politiker das ganze Fachwissen ihrer Experten zunutze gemacht haben, sondern lediglich die schnelle, phantasielose Reproduktion altbekannter Konzepte. Sie wurden zum Teil sogar schon ohne die Beteiligung der Ökopartei auf den Weg gebracht und bieten keinen Anlass zu der Hoffnung auf durchschlagenden Erfolg. Im Übrigen scheinen sie mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht im Einklang zu stehen.

Dass muss man sich vor Augen halten, um zu erkennen, dass die Ökopartei in den Verhandlungen über die Ampel relativ wenig erreicht hat. Mit der Union hätte sich jedenfalls beim Klimaschutz mehr durchsetzen lassen.

Im Fall einer schwarz-grünen Mehrheit, wie sie noch im Sommer 2021 allgemein erwartet wurde (Allensbach 2021a), hätte Bouffier die Chance gehabt, sein in Wiesbaden begonnenes schwarz-grünes Lebenswerk in Berlin zu vollenden. Der Unionspolitiker hat auf der nationalen Ebene drei Koalitionen mitverhandelt. Zweimal schloss er in seinem Bundesland mit den Grünen ein Regierungsbündnis. Er kennt aus zahllosen Gesprächen nicht nur die heiklen Themen, die Schwarzen und Grünen zu schaffen machen, sondern auch mögliche Lösungswege. Bouffier, der dienstälteste Ministerpräsident der Republik, war auf dem digitalen Parteitag der CDU im Januar 2021 noch der mit den meisten Stimmen gewählte stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Er war über viele Monate hinweg der entschiedenste Fürsprecher des CDU-Vorsitzenden Armin Laschet. Im Falle eines Wahlsiegs wäre der 70-Jährige, die Verkörperung von Schwarz-Grün, eine Schlüsselfigur der Koalitionsverhandlungen in Berlin gewesen. Al-Wazir, sein langjähriger Stellvertreter im Amt des hessischen Regierungschefs, hätte auf der anderen Seite des Verhandlungstisches vertrauensbildend wirken können. »Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist«, sagte Victor Hugo. Doch die Zeit, die den Umfragen zufolge gekommen schien, sie kam nicht. Die hessische Idee, die lange auf der nationalen Ebene viele Anhänger gefunden hatte, verpasste ihre Chance im Herbst 2021.

2. In Hessen erdacht und etabliert: Die Strategie der Grünen

Seit 2014, länger als in jedem anderen Bundesland, regieren CDU und Grüne in Hessen, dem Labor der Republik und Stammland der Ökopartei. Sie ging hier 1985 mit Ministerpräsident Holger Börner (SPD) das erste rot-grüne Bündnis ein. Der sozialdemokratische Bundesvorsitzende Willy Brandt suchte nach einer Mehrheit links der Union und wollte die Verlässlichkeit der Ökopartei als Bündnispartner erprobt wissen. So wurde Joschka Fischer »erster und einziger grüner Minister auf diesem Planeten« (Fischer 1987, S. 17). An seiner früheren Wirkungsstätte Frankfurt bildete seine Partei 2006 eine Koalition mit der CDU und erregte damit nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch unter den Politikwissenschaftlern großes Aufsehen (Weckenbrock 2017). Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass auch die machtpolitische Strategie, wie die Grünen sie heute auf Bundesebene verfolgen, in Hessen erdacht wurde. Im November 2009 veröffentlichte Al-Wazir

in einer von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift einen bahnbrechenden Aufsatz (Al-Wazir 2009). CDU und FDP seien aus der Bundestagswahl des Jahres 2009 wegen der Schwäche der SPD zwar noch einmal als Regierungskoalition hervorgegangen, stellt er fest. Aber das Parteiensystem habe sich völlig verändert. Die Sozialdemokratie habe seit 1998 mehr als zehn Millionen Stimmen verloren. Die Grünen hätten davon nur 1,3 Millionen zusätzlich gewonnen. Das erreichbare Potenzial sei also deutlich größer, als die bisherigen Wahlergebnisse es zeigten. »Viele Menschen der linken Mitte sind auf der Suche nach neuen politischen Antworten, die sie wieder mit ihrer konkreten Lebenswirklichkeit in Einklang bringen können«, meint Al-Wazir. »Sie sind die alten Grabenkämpfe zwischen dem selbst ernannten bürgerlichen Lager und selbstzufriedenen Alt-Linken leid.« Sie wüssten, dass Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen gedacht werden müssten. »Sie verstehen sich selbstbewusst als modernes Bürgertum, dem das eigene gute Leben wichtig, aber nicht wichtiger ist als die Chancen von Menschen, die weniger gute Startchancen hatten.«

Auch der CDU gelinge es immer weniger, den Anforderungen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft gerecht zu werden. Im Spagat zwischen vermeintlichen alten Gewissheiten und neuen gesellschaftlichen Erwartungen würden die Volksparteien zunehmend zerrieben. »Das Ergebnis der Bundestagswahl hat dies deutlich gezeigt. Die Marktradikalen wurden von der FDP aus der CDU herausgelöst, und die SPD hat einen Aderlass in Richtung Linkspartei erlebt.« Deren absoluter Ausschluss aus der politischen Verantwortung sei ein Fehler, weil sie dann ohne jede Verantwortungsperspektive allen alles versprechen könne, ohne dafür jemals in die Haftung genommen zu werden. »Zur Formulierung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses, zu einem neuen Gesellschaftsvertrag und einem New Deal des 21. Jahrhunderts werden jedoch weder FDP noch Linkspartei beitragen, da sie die traditionellen Pole des alten Vier-Parteien-Systems darstellen«, glaubte Al-Wazir 2009. Den Volksparteien gelinge es immer weniger, neue gesellschaftliche Konsense zwischen diesen Polen zu formulieren. »Hier liegt die Verantwortung der Grünen: Sie haben die Aufgabe und das Potenzial, um zur inhaltlich führenden Kraft der linken Mitte zu werden.«

Die Partei werde ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht, wenn sie Mitte und Links gegeneinander ausspiele, schrieb Al-Wazir. »Wer den vielen politisch Heimatlosen ein Angebot machen will, muss beides zusammenbringen: linksliberales Bürgertum und studentisch-alternatives

Milieu, nachhaltig und erfolgreich wirtschaftende Selbstständige und Anti-AKW-Aktive aus dem Wendland.« Der Politiker forderte seine Partei auf, »sich aus alten Koalitions- und Lagerzwängen zu befreien«. Alle, die bereit seien, eine ökologisch-soziale Politik der linken Mitte mitzumachen, müssten für die Grünen koalitionsfähig sein. »Auch wenn es keine Äquidistanz zu CDU und SPD gibt, haben wir mit gesellschaftlichen Modernisierern in beiden Parteien Schnittmengen.«

So gab Al-Wazir schon vor mehr als einem Jahrzehnt das Ziel aus, die schwarz-gelbe Koalition im Bund aus einer Position der Eigenständigkeit heraus inhaltlich zu stellen. Koalitionen wollte er auf der Grundlage eigener Positionen schließen. »Nur wer weiß, wo er selbst steht – und dies gilt für alle Parteien – wird glaubhaft begründen können, warum er mit wem koalitiert.«

Kurz nach dem Erscheinen des Aufsatzes proklamierte eine Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock nach kontroverser Debatte die Eigenständigkeit der Grünen als »führende Kraft für die linke Mitte« (Bündnis 90/Die Grünen 2009, S. 8). Gemeinsam mit den Vorsitzenden anderer Landtagsfraktionen gelang es Al-Wazir, die bis dahin nachgerade in Stein gemeißelte Festlegung auf Bündnisse mit Sozialdemokraten und Linken zu beenden. Auch auf dem Papier öffnete sich die Partei für Koalitionen mit CDU und FDP. Sie befreite sich »aus alten Koalitions- und Lagerzwängen«. Das Fünftei-Parteien-System leide noch immer darunter, dass Koalitionsoptionen aufgrund von unterschiedlichen politischen Kulturen oder persönlicher Zwigigkeiten ausgeschlossen würden. »Mit dieser Ausschießeritis muss endlich Schluss sein.« Die Öffnung in alle Richtungen soll nicht nur für die Parteienlandschaft, sondern für die ganze Gesellschaft gelten. In der »linken Mitte« verorten die Grünen das »moderne Bürgertum«.

Auf der nationalen Ebene war ein erstes Sondierungsgespräch zwischen Union und Grünen über ein Jamaika-Bündnis im Oktober 2005 zur Erleichterung der CSU an der Ökopartei gescheitert (Graw 2005). Vier Jahre später war sie nicht gefragt, weil Union und FDP eine Mehrheit besaßen. Im Herbst 2013 aber bot sich zur selben Zeit sowohl auf der nationalen Ebene als auch in Hessen eine ernsthafte Chance für Schwarz-Grün. Denn in beiden Fällen hatten Union und FDP die Mehrheit verfehlt (Faas 2014, S. 355-362). Dass die Sondierungen in Berlin scheiterten, lag in erster Linie an den Grünen, und dort wiederum am linken Flügel. Die Partei hatte bei der Wahl kaum mehr als acht Prozent erzielt und zeigte sich durch das Wahlergebnis geschwächt.

Die Führung befand sich in einem Umbruch, die Gegner eines Bündnisses mit der Union waren in der Offensive, und sogar Winfried Kretschmann, der bürgerlich auftretende Ministerpräsident einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg, sagte: »Wir sind darauf in keiner Weise vorbereitet.« (Hickmann 2013) Nach drei Gesprächen bot Merkel den Grünen Koalitionsverhandlungen an. Die lehnten nach einer anderthalbstündigen Beratung ab, betonten aber, dass man den Kontakt wiederaufnehmen könne, wenn die Verhandlungen der Union über eine große Koalition scheitern sollten (Weckenbrock 2017). Doch dazu kam es nicht. Die SPD zeigte sich damals in Berlin gut aufgestellt – viel besser, als dies in Hessen der Fall war.

3. Wählertäuschung auf den Weg an die Macht

Dort befand sich die Sozialdemokratie in einem desolaten Zustand. Während deren Spitzenmann Thorsten Schäfer-Gümbel in den Sondierungen immer nur zögerlich taktieren konnte, erwiesen sich die Grünen als stets gut vorbereitete, verlässliche und disziplinierte Gesprächspartner. Beim Flughafen, dem bei Weitem wichtigsten Thema der hessischen Landespolitik, und beim Straßenbau trennten CDU und Grüne zwar Welten. Aber der kleine Koalitionspartner akzeptierte die vorher bereits getroffenen Festlegungen nicht nur, der designierte Wirtschaftsminister Al-Wazir gab sogar eine politische Garantie ab. Entsprechend ausgehandelte schriftlich fixierte Formulierungen nahm Bouffier, der Rechtsanwalt und Notar, schon in den Sondierungen entgegen, also noch vor der Aufnahme der eigentlichen Koalitionsverhandlungen. Daran erkennt man, wie nüchtern und kühl der Unionspolitiker agierte und wie sehr es die Grünen an die Macht drängte. Dass die Grünen bei den Anrainern des Flughafens mit ihrem Regierungsprogramm von vornherein unerfüllbare Erwartungen geweckt hatten, war allerdings eine Täuschung der Wähler (Hetrodt 2021, S. 75-78). Leichtfüßig verabschiedeten sich die Grünen von ihrer Rolle als parlamentarischer Arm einzelner Gruppen und wandten sich den Mehrheiten zu.

Dem Erfolg des Bündnisses waren von vornherein Grenzen gesetzt. Es ist nur gelegentlich gelungen, unterschiedliche Standpunkte einer gemeinsamen Lösung zuzuführen, in der sich beide Seiten wiederfinden. Im Kleinen funktioniert das Geben und Nehmen bis heute: »Wenn hier eine Antidiskriminierungsstelle im Sozialministerium eingerichtet wird, ist jedem

klar, dass das auf uns zurückgeht. Und wenn wir neue Stellen beim Verfassungsschutz einrichten, wissen auch alle, dass das nicht die erste Priorität der Grünen war«, so Al-Wazir (2016). In den entscheidenden ideologischen Grundsatzfragen fällt eine Einigung schwerer. Darum hat Bouffier dem Bündnis das Prinzip unterlegt, dass man sich gegenseitig etwas gönnen müsse. So bekommt die CDU den Ausbau des Flughafens. Dafür dürfen die Grünen alles unternehmen, um möglichst viele Windräder aufzustellen. Das ist kein echter Kompromiss aus einem Guss, mit dem sich beide Parteien identifizieren können, sondern ein trivialer Tauschhandel. Jede Partei kann ihrer Anhängerschaft Trophäen präsentieren. Aber beide müssen auch Projekte mittragen, die sie bis dato immer abgelehnt haben. Das schwächt ihre Glaubwürdigkeit. Auf der einen Seite enttäuschte die Energiepolitik in Hessen viele Anhänger der Union. Auf der anderen Seite mussten die Grünen scharfe Kritik der Flughafenanrainer über sich ergehen lassen.

Vor diesem Hintergrund betonte Al-Wazir immer, dass die Koalition »keine Liebesheirat, sondern eine Zweckehe auf Zeit« sei (Hetrodt 2021, S. 184). So gesehen war es nur konsequent, dass die Ökopartei sich nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2021 sowohl in Hessens Metropole als auch in der Landeshauptstadt ohne Not umstandslos von der CDU trennte (Hetrodt 2021, S. 169-172). In Frankfurt kamen sie mit einem Zuwachs von mehr als neun Punkten auf 24,6 Prozent und stellte damit zum ersten Mal die stärkste Fraktion. Die CDU verlor rund zwei Punkte und war mit 21,9 Prozent nur noch zweitstärkste Kraft. Die Grünen entschieden sich, die Zusammenarbeit mit der CDU zu beenden und stattdessen Koalitionsverhandlungen mit SPD, FDP und der zum ersten Mal in den Römer gewählten Partei Volt aufzunehmen. Die Union zeigte sich perplex, weil sie über zwei Jahrzehnte hinweg mit den Grünen im Römer kooperiert hatte, davon 15 Jahre lang in einer stabilen Koalition. Sie galt in der ganzen Republik als schwarz-grünes Pilot- und Vorzeigeprojekt.

In Wiesbaden hatten CDU und Grüne zusammen mit der SPD vier Jahre lang in einer »Kooperation« zusammengearbeitet. Nach den Kommunalwahlen versuchten die Grünen zusammen mit der SPD, die FDP für ein Ampelbündnis zu gewinnen. Als die Liberalen ablehnten, wandten sie sich, kurzentschlossen und nicht wählerisch, der Linken zu. Die landespolitischen Bezüge dieser Verbindungen sind personeller Natur. Martina Feldmayer, Spitzenkandidatin der Frankfurter Grünen, ist gleichzeitig stell-

vertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion. Deren Chef Mathias Wagner wiederum führt auch den Kreisverband Wiesbaden.

Die CDU reagierte nicht nur in den beiden Großstädten, sondern auch auf der Landesebene empört. Sie hatte die Verbindung romantisiert – und darüber verdrängt, dass das Herz ihres Partners eigentlich links schlägt. Umso enttäuscht war sie, als ihr auffiel, dass er auch Augen für andere hat. Wenn es um die Macht geht, halten die Grünen sich mit Ausnahme der AfD immer alle Koalitionsoptionen offen. Ihre Protagonisten blinken mal links, mal rechts. Welche Richtung sie nach der Wahl einschlagen, entscheiden sie erst, nachdem sie auf beiden Seiten ihres Weges ein Maximum an Stimmen eingesammelt haben, um im Falle einer Regierungsbeteiligung schließlich zu erklären, dass sie die Option gewählt hätten, in der sie am meisten grüne Inhalte durchsetzen könnten. Tatsächlich aber zeigt der Blick nach Hessen, dass Inhalte für die Partei nachrangig sind. Der Flughafen ausbau illustriert, dass auf ihre Wahlprogramme kein Verlass ist. Fundamentale Positionen werden geräumt, wenn dies zur Macht verhilft.

Für die inhaltliche Positionierung sind vor allem Umfragen von Bedeutung. Auch die Medienbeobachtung spielt eine große Rolle. Bei der Vergabe von Regierungsämtern geben nicht etwa Konzepte, Kompetenz oder Qualifikationen den Ausschlag. Die zwei zusätzlichen Ministerposten, die den Grünen 2019 bei der Fortsetzung der Koalition nach der Landtagswahl zustanden, bekamen die beiden Parteivorsitzenden. Die Mitgliederversammlung segnete die Personalien ohne jede Debatte ab. Das alles ist nichts Neues im Parteiensystem dieser Republik. Petra Kellys »Anti-Parteien-Partei« (Kelly 1982) hat sich in ihr Gegenteil verwandelt – in eine Art Super-Partei, deren Anschlussfähigkeit in alle Richtungen seit 2009 Teil der Beschlusslage ist. Nachdem ihr spiritus rector Al-Wazir die Strategie in Hessen nicht nur erfunden, sondern auch selbst erfolgreich erprobt hat, kam sie 2021 im Bund zum Tragen.

Bouffier hat mit Lob für den Bündnispartner nicht gespart. Schon nach der ersten Sondierung im Dezember 2013 nannte er die Grünen »im besten Sinne bürgerlich« (Hetrodt 2021, S. 162). Das Prädikat mag als Rechtfertigung des Bündnisses für skeptische Stammwähler der CDU gedacht gewesen sein, erwies sich aber in seiner Wirkung in Hessen als eine Art Ritterschlag. Wer von der Union enttäuscht war, konnte sich künftig getrost den Grünen zuwenden. Anders gesagt: Die hessische CDU öffnete den Grünen nicht nur die Tür zur Macht, was wohl unvermeidlich war, sie richtete ihnen

auch noch einen Begrüßungsempfang aus. Gleichzeitig betrieb Bouffiers Parteifreundin im Kanzleramt, Angela Merkel, die inhaltliche Entkernung der Partei. Dies führte dazu, dass sie bei den hessischen Landtagswahlen im Herbst 2018 mit einem Verlust von mehr als elf Punkten das schlechteste Ergebnis des Landesverbandes seit mehr als 50 Jahren hinnehmen musste, während die Grünen sich um 8,7 Punkte steigerten und mit 19,8 Prozent zweitstärkste Kraft wurden. Seitdem ist, jedenfalls rechnerisch, auch in Hessen ein Ampelbündnis möglich. Es scheiterte an der FDP, die schon vor der Wahl angekündigt hatte, einer Koalition unter der Führung eines Ministerpräsidenten Al-Wazir nicht angehören zu wollen (Debus und Faas 2019, S. 251-257). Dass die Ampel in Berlin eine dazu passende Korrektur in Wiesbaden nach sich ziehen könnte, sei hier nur am Rande erwähnt.

4. Bouffier: Souverän regiert – strategisch geirrt

Die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition war Bouffiers Meisterstück. Er beherrschte sie in jedem Moment und genoss den öffentlichkeitswirksamen Zauber, der sich daraus speiste, dass ausgerechnet die vermeintliche Stahlhelm-Fraktion und die unionsintern als »Struppis« bezeichneten Alternativen sich aufeinander einließen. Das lässt sich im Bund so nicht wiederholen. Es ist schlechterdings nicht vorstellbar, dass Koalitionsverhandlungen in Berlin von einer einzigen Person gesteuert werden, die allen anderen in diesem Moment weit überlegen ist.

Trotzdem ist die hessische Realität im Hinblick auf die nationale Ebene vor allem für die CDU sehr lehrreich. So sehr Bouffier als Regierungschef jedenfalls in der ersten schwarz-grünen Koalition brillierte, so gravierend waren die strategischen Fehler, die er als Parteipolitiker beging. Er vernachlässigte das inhaltliche Profil der CDU und verkörperte als Garant des Bündnisses vor allem Schwarz-Grün. Parallel dazu präsidierte seine Parteifreundin Merkel als Bundeskanzlerin. Die Führung ihrer Partei überließ sie anderen.

So brachte die Bundestagswahl 2021 – anders als von vielen Beobachtern lange gedacht und manchem Akteur erhofft – keine Mehrheit für Schwarz-Grün. Das bedeutet allerdings keineswegs das Ende dieses Modells. Die Ampel ist nicht mehr als die Konsequenz aus den in Prozentzahlen zum Ausdruck kommenden Machtverhältnissen. Wie in Hessen, so werden die

Grünen auch im Bund versuchen, sich trotz ihrer durch den ausgeprägten Willen zur Macht begründeten Kompromissbereitschaft ihr inhaltliches Profil und ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Dazu gehört auch, dass sie mittel- und langfristig in der Lage und gewillt bleiben müssen, mit der Union eine Koalition einzugehen. Ein solches Bündnis ist kein Modell, das im Sinne von Victor Hugos Idee eine visionäre Strahlkraft entfaltet. Aber es wird realistisch, sobald die Wahlergebnisse es zulassen. Die Anhänger des neuen CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz dürfen hoffen, dass er das inhaltliche Profil der Partei in der Opposition schärft. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass ein Bündnis mit den Grünen unwahrscheinlicher würde. Schließlich gibt es auch zwischen der Union und ihrem langjährigen »natürlichen« Koalitionspartner FDP erhebliche programmatische Unterschiede.

Das veranschaulichte der neue Bundesjustizminister Marco Buschmann in seiner ersten Plenarrede im Bundestag (Buschmann 2022). Er beschränkte sich ausdrücklich auf drei Ankündigungen. Die erste lautete: »Die Vorratsdatenspeicherung wird gestrichen.« Die zweite galt den Menschen, die »außerhalb klassischer Familienbeziehungen« leben wollen. Für sie wird das »Institut der Verantwortungsgemeinschaft« geschaffen. Der dritte Punkt betraf die geltende Bestimmung des Strafgesetzbuches, nach der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verboten ist. »Paragraf 219 a wird fallen, meine Damen und Herren.« Buschmanns Agenda erinnert daran, dass der Linkliberalismus über viele Jahre hinweg nicht nur die CSU gelegentlich zur Weißglut getrieben hat. Er wurde auch von weiten Teilen der CDU als der Preis dafür gesehen, dass die FDP der Union eine parlamentarische Mehrheit sicherte und in der Wirtschafts- und Außenpolitik nicht dieselben, aber ähnliche Auffassungen vertrat. Nicht umsonst wurde Deutschland von einer sozial-liberalen Koalition regiert, bevor die FDP sich 1982 Helmut Kohl zuwandte. Schon diese »Wende« (Hetrodt 2007) belegt, wie fragwürdig das Lagerdenken ist, wie es sich sowohl in der praktischen Politik als auch in der Theorie verfestigt hat. Dass es die Wirklichkeit nicht mehr prägt, belegen sowohl die Bildung der Ampelregierung als auch die Trennlinien, die sich kurz danach innerhalb der Dreierkoalition zeigten. Wer angesichts der jüngeren Geschichte auf der linken Seite der Regierung rot-grüne Harmonie erwartet hatte, wurde schon während der Koalitionsverhandlungen eines Besseren belehrt. Denn dort bildete sich in vielen Arbeitsgruppen eine Front heraus, die zwischen Grünen auf der einen und SPD und Liberalen auf der anderen Seite verlief (Becker 2021).

SPD, CDU, CSU, Grüne und FDP können heute prinzipiell nicht nur in den Ländern, sondern auch auf der Bundesebene, ganz pragmatisch, Koalitionen eingehen. Die Frage, ob dies in einem Zweier- oder in einem Dreierbündnis geschieht, hängt von den rechnerischen Mehrheitsverhältnissen ab. Im Übrigen kann es von Bedeutung sein, vor welche inhaltlichen Herausforderungen sich die Politik gestellt sieht. Allerdings gibt der Start der Ampelregierung Anlass zu der einschränkenden Bemerkung, dass auf die Grünen außergewöhnlich schwere Zeiten zukommen. Der von der Ökopartei erkämpfte und von der langjährigen Bundeskanzlerin Merkel durchgesetzte Ausstieg aus Atomenergie und Kohle stellt den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz nun vor eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Habeck wäre schuld, wenn die von Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung angekündigte »Transformation« nicht gelingt. Die nur exemplarisch beschriebenen Schwierigkeiten, die den Ausbau der Windenergie bremsen, tragen zu einer ernsthaften Gefährdung der Stromversorgung bei. Noch ist die Kernenergie in Deutschland für die maßgebenden Parteien ein Tabu. Aber in der Gesellschaft deutet sich erkennbar ein Umdenken an. Im Jahr 2012 lag der Anteil derer, die den Ausstieg aus der Atomkraft und die Umstellung auf erneuerbare Energien für richtig halten, noch bei 73 Prozent. Bis zum Ende des vergangenen Jahrs ist er kontinuierlich auf 56 Prozent gesunken. Im selben Zeitraum stieg der Anteil derer, die diese Entscheidung nicht für richtig halten, von 16 auf 25 Prozent (Allensbach 2021b).

Dass die Kommission der Europäischen Union die Kernenergie als nachhaltig klassifiziert, wird auch an Deutschland nicht spurlos vorübergehen. Frankreich arbeitet an einer neuen Generation von Kernkraftwerken. Die schwedische Regierung hat Ende Januar den Bau eines Endlagers beschlossen. In Finnland ist bereits eines im Bau. »Natürlich ist Atomkraft nachhaltig«, sagt der Fraktionschef der finnischen Grünen, Atte Harjanne. Und er weist darauf hin, dass auch die Produktion von Solaranlagen und Windrädern problematischen Abfall erzeuge (Schwung 2022). Je höher die Strompreise in Deutschland steigen, umso schwieriger wird es für die Grünen, den deutschen Sonderweg zu rechtfertigen, der darin besteht, dass Strom aus Atomenergie und Kohle zwar nicht mehr im Land produziert werden soll, dafür aber importiert wird. Wenn die Debatte darüber die deutsche Gesellschaft voll erfasst, wird sie auch die Grünen und ihre Anhänger nicht unberührt lassen. Spätestens dann wird ein politisches Gen der Partei zutage treten. Sie ist ja nicht als Klimaschutzpartei entstanden, sondern unter

Transparenten mit dem Schlachtruf: »Atomkraft – nein danke«. Wenn eine erstarkte CDU in der Ära nach Merkel einen Wiedereinstieg erwägt, würde dies das Verhältnis zu den Grünen ernsthaft belasten.

5. Schwarze und Grüne reden im Vertrauen

Für Schwarz-Grün spricht hingegen ein Vorgang, der in der deutschen Öffentlichkeit zu Beginn des Jahres 2022 nicht die ihm gebührende Beachtung fand. Die beiden Parteien sprachen allen Ernstes darüber, ob sich nicht ein gemeinsamer Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten finden lasse. Der Wahl des Staatsoberhauptes wird im deutschen Regierungssystem traditionell eine wichtige, über die Person hinausgehende Bedeutung beigemessen.¹ Das trifft jedenfalls für die Wahl von Gustav Heinemann im Jahr 1969 zu. Wenig später kam die sozial-liberale Koalition zustande. Dass Union und Grüne trotz der machtpolitischen Aufladung der Wahl des Staatsoberhauptes in der Entstehungsphase der Ampel gemeinsam darüber nachdachten, wie sich die Wiederwahl des Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier verhindern ließe, ist ein beachtlicher Vorgang (Lohse 2022). Er sollte SPD und FDP zu denken geben.

Literatur

Al-Wazir, Tarek (2009). Die Grünen: Inhaltliche Führung der linken Mitte? In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11, S. 48-50

Al-Wazir, Tarek (2016). »Einfacher mit der CDU«. Interview. In: Der Spiegel 14/2016

Becker, Markus (2021). Der große Bluff. In: Der Spiegel 48/2021

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022). Pressemitteilung vom 11. Januar 2022 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/01/20220111-habeck-legt-eröffnungsbilanz-klimaschutz-vor.html> (letzter Aufruf 15. Januar 2022)

Bundesregierung (2021). Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 15. Dezember 2021 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bullet>

¹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Knut Bergmann im vorliegenden Band.

- in/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-1992008 (letzter Aufruf 15. Januar 2022)
- Bündnis 90/Die Grünen (2009). 31. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Rostock, 24.-25. November 2009. Beschluss Grün macht Zukunft
- Buschmann, Marco (2022). In: Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 10. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 12. Januar 2022, S. 510f.
- Debus, Marc und Thorsten Faas (2019). Die hessische Landtagswahl vom 28. Oktober 2018: Fortsetzung der schwarz-grünen Wunschehe mit starken Grünen und schwacher CDU. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2, S. 245-262
- Europäischer Gerichtshof (2021). Urteil vom 4.3.2021, Az.: C-473/19 und C-474/19). <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238465&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=fir&part=1&cid=3120169> (letzter Aufruf 15. Januar 2022)
- Faas, Thorsten (2014). Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013. Schwarz-grüne »hessische Verhältnisse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2, S. 349-365
- Fischer, Joschka (1987). Regieren geht über Studieren: Ein politisches Tagebuch, Frankfurt: Athenaeum.
- Graw, Ansgar (2005). Grüne gehen auf Distanz zu Jamaika: Sondierungsgespräch mit Union ohne Ergebnis. In: Die Welt, 24. September 2005
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2020). Pressemitteilung vom 11. Dezember 2020
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (2022). Pressemitteilung vom 28. Januar 2022
- Hetrodt, Ewald (2021). Grün im Politiklabor: Hessen – Modell für Berlin? Wiesbaden: Verlag Waldemar Kramer
- Hetrodt, Ewald (2007). Die Wende: Ein schillernder Schlüsselbegriff der deutschen Geschichte. In: Bernhard Vogel, Dietmar Herz und Marianne Kneuer (Hg.). Politik, Kommunikation Kultur, Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 423-430
- Hickmann, Christoph (2013). »Wir sind darauf in keiner Weise vorbereitet«: Selbst Kretschmann äußert nun Bedenken gegen Schwarz-Grün. In: Süddeutsche Zeitung, 12. Oktober 2013
- Institut für Demoskopie Allensbach (2021a). In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2021

- Institut für Demoskopie Allensbach (2021b). In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12. Dezember 2021
- Kelly, Petra (1982). »Wir sind die Antipartei-Partei«. Interview. In: Der Spiegel 24/1982
- Lohse, Eckart (2022). Dann lieber auf Nummer sicher: Die Bundespräsidentenwahlen sind für die Union keine Erfolgsgeschichte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2022
- Naturschutzinitiative NI (2022). Rechtsgutachten. <https://www.naturschutz-initiative.de/images/PDF2021/CL-Rechtsgutachten-KVertrag.pdf> (letzter Aufruf 15. Januar 2022)
- Schwung, Gregor (2022). Grüne in Finnland: »Natürlich ist Atomkraft nachhaltig«. In: Die Welt, 11. Januar 2022
- Söder, Markus (2022). Interview. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 23. Januar 2022
- SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021). Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENE-FDP-2021-2025.pdf> (letzter Aufruf 15. Januar 2022)
- Staatsanzeiger (2020). Staatsanzeiger für das Land Hessen, 4. Januar 2020, S. 13-50
- Verwaltungsgerichtshof Hessen (2021). Beschluss vom 14. Januar 2021, AZ 9 B2223/20
- Weckenbrock, Christoph (2017). Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland: Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden: Nomos
- Wetzel, Daniel (2020). Privileg für Ökostrom wird gestrichen: Entwurf zum EEG 2021 nach Protesten geändert. In: Die Welt, 16. Dezember 2020